

6 Schlussfolgerung

Indonesien ist heute unangefochtener Weltmarktführer im Palmölsektor. Das dieser Entwicklung zugrunde liegende ressourcenextraktivistische Entwicklungsmodell bildet eine Kehrseite der „imperialen Lebensweise“ im Globalen Norden und in Teilen der Schwellenländer, welche auf der Aneignung von Ressourcen und dem Zugriff auf billige Arbeitskräfte in Ländern des Globalen Südens sowie der Externalisierung der damit verbundenen sozial-ökologischen Negativfolgen beruht (Brand und Wissen 2017). Demnach hatte auch die rasante Plantagenexpansion in Indonesien massive soziale und ökologische Auswirkungen. Welche politisch-institutionellen Rekonfigurationsprozesse ermöglichten und förderten dieses Entwicklungsmodell, und welche Akteure, Interessenkonstellationen und Strategien lagen ihm zugrunde? Einige der wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeit lassen sich in zugespitzter Form abschließend festhalten.

6.1 HISTORISCHE UND POLIT-ÖKONOMISCHE VORAUSSETZUNGEN DES INDONESISCHEN PALMÖLBOOMS

Eine zentrale Dimension gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist die Regulierung des Zugangs zu und der Kontrolle über Land. In Indonesien ist diese – trotz aller politischen Umbrüche – durch die postkoloniale Kontinuität des unter niederländischer Kolonialherrschaft eingeführten Staatslandprinzips charakterisiert. In der Phase des indonesischen Sozialismus unter Sukarno wurde dieses zwar durch Bestrebungen, eine Landreform durchzusetzen, infrage gestellt. Doch trafen diese progressiven Reformversuche auf den Widerstand des Militärs, welches die politische Macht ergriff, ein Militärregime einsetzte und ein blutiges Massaker an den Unterstützer_innen der Landreform, allen voran den Mitgliedern der Kommunistischen Partei Indonesiens, verübte. Im so begründeten Regime der Neuen

Ordnung diene das Staatslandprinzip wiederum dazu, die Kontrolle der Zentralregierung über den Großteil der Landflächen insbesondere auf den Außeninseln institutionell abzusichern und im Rahmen der Gründung des Forstwirtschaftsministeriums auszubauen. Eine Welle der Territorialisierung wurde durch die Deklaration von 70 % der Landflächen als Eigentum des indonesischen Zentralstaates ausgelöst und bildete die Voraussetzung für die Entwicklung der Forstwirtschaft und des Plantagensektors zu den strategisch bedeutendsten Sektoren des auf Weltmarktintegration setzenden extraktivistischen Entwicklungsmodells.

Die Zentralregierung ermöglichte derart die Durchdringung der Peripherie durch das Kapital, das in die Entwicklung von Plantagenflächen und in die zur Weiterverarbeitung notwendige Infrastruktur investiert wurde. Gleichzeitig diene die Etablierung der Palmölproduktion als Leitsektor und die Zentralregierung nutzte die biophysische Expansion von Ölpalmpflanzen zur Aneignung von Land. Der Ausdehnung der Ölpalmpflanzen lag insofern eine Kongruenz zwischen dem zentralstaatlichen Interesse an territorialer Kontrolle und dem ökonomischen Profitinteresse staatlicher Konzerne und privaten Kapitals zugrunde. Vor diesem Hintergrund gelang es Suharto, der politische wie ökonomische Schlüsselpositionen kontrollierte, gemeinsam mit seiner Familie ein weitreichendes Wirtschaftsimperium auf Basis der Extraktion und Inwertsetzung natürlicher Ressourcen aufzubauen.

Die wichtigsten institutionellen Eckpfeiler dieser Entwicklungsstrategie bildeten das Militär und der zentralistische Verwaltungsapparat, die die Ausgabe von Lizenzen und Konzessionen für Plantagen kontrollierten. Diese spezifische Ausprägung staatlicher Selektivität im Bereich der Landkontrolle bedeutete zugleich, dass Gewohnheitsrechte und traditionelle Landansprüche (*adat*-Rechte) nicht berücksichtigt und Landkonflikte gewaltsam unterdrückt wurden. Die staatliche Landnahme, die bestehende Eigentumsverhältnisse ignorierte, verlief nicht zwingend gewaltsam, sondern oftmals über eine scheinbar friedliche vertragslandwirtschaftliche Einbindung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in die Palmölindustrie. Diese wurden somit in die globale Wertschöpfungskette integriert und zugleich staatlicher Kontrolle unterworfen. Aufgrund der Repressalien des autoritären Regimes sowie einer weitgehenden Entpolitisierung waren die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern nicht in der Lage waren, effektiven Widerstand zu leisten. Es kam jedoch infolge der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und Enteignungen immer wieder zu Konflikten, die zu meist gewaltsam niedergeschlagen wurden. Bereits in der ersten der drei in dieser Arbeit unterschiedenen polit-ökonomischen Entwicklungsphasen des Regimes der Neuen Ordnung setzte also auf dieser Grundlage eine staatliche Förderung des

Ölpalmlantagensektors ein. Insofern lassen sich die Ausgangspunkte der aktuellen Dynamiken im Palmölsektor nicht ohne die historische Entwicklung der Landpolitik und die Konstituierung ökonomischer und politischer Kräfteverhältnisse während des Regimes der Neuen Ordnung verstehen.

6.2 TRIEBKRÄFTE UND KONSEQUENZEN DES EXPANSIONSBOOMS SEIT 1998

Der Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozess sowie die Entmachtung des Militärs ab 1998 bedeuteten nicht das Ende des extraktivistischen Entwicklungsmodells, sondern leiteten vielmehr seine Intensivierung ein. Die Asienkrise (1997/1998) löste zunächst eine tiefe innenpolitische Krise aus und zwang Suharto zum Rücktritt. Das politische System wurde jedoch nicht als Ganzes verändert. Den bisherigen politischen Eliten gelang es, ihre Kontrolle zu erhalten. Dennoch war die zentralistische Staatsführung nicht mehr konsensfähig. Insbesondere in Regionen mit hohen Ressourcenaufkommen, in denen bewaffnete Konflikte zum Teil jahrelang vom Militär unterdrückt wurden, erstarkte der Ruf nach Autonomie. Um einen drohenden Staatszerfall abzuwenden, sah sich die politische Führung in Jakarta dazu gezwungen, Zugeständnisse hinsichtlich der Einnahmenverteilung aus der Inwertsetzung natürlicher Ressourcen an die Regionen zu machen. Die Übertragung der Kontrolle über öffentliche Ämter und eine selektive Kontrollenerweiterung über Land und natürliche Ressourcen auf lokale Regierungsebenen sollte zur Sicherung der Loyalität subnationaler Ebenen beitragen. Mit Unterstützung der Weltbank, die weltweit das Dezentralisierungskonzept propagierte, wurde schließlich eine Stärkung der regionalen Autonomie beschlossen sowie eine politische und fiskalische Dezentralisierung ab dem Jahr 2001 landesweit implementiert. In der politischen Ökonomie des Palmöls in Indonesien ergibt sich vor diesem Hintergrund eine komplexe Konstellation von Machtbeziehungen zwischen verschiedenen räumlichen Maßstabsebenen.

Auch auf ökonomischer Ebene verschoben sich die Kräfteverhältnisse grundlegend. Aufgrund ihrer Verflechtungen in globalen Wertschöpfungsketten erlitten Unternehmen im Palmölsektor im Zuge der Asienkrise bedeutende Verluste. Dennoch waren sie in der Lage, sich zu reorganisieren und weiterhin ihre Interessen durchzusetzen: Unternehmen, die bereits während der Neuen Ordnung wesentlich an der Kapitalakkumulation auf Basis natürlicher Ressourcen beteiligt waren, gehören weiterhin zu den einflussreichsten Akteuren des indonesischen Kapitals. So

gelang es insbesondere vormalis Suharto nahen Unternehmen aus dem Forstwirtschaftssektor, ihre Aktivitäten in den Palmölsektor zu verlagern, aus dem sich die zuvor dominierenden staatlichen Unternehmen zunehmend zurückzogen.

Insofern war die Expansion des Palmölsektors seit 1998 auch eine Strategie der Krisenbearbeitung: Die Akkumulation durch Enteignung bildete eine temporäre Lösung der Überakkumulationskrise, indem mittels Enteignungen, Einhegungen oder Privatisierungen neue Akkumulationsfelder, wie beispielsweise Landflächen für die Palmölproduktion, erschlossen wurden. Diese erlaubte es, überschüssiges Kapital, etwa aus dem Finanzsektor, im Palmöl- und Agrarreibstoffsektor zu platzieren. Das so forcierte dominante neoliberale Entwicklungsmodell, verankert in den institutionellen Prozessen und Strukturen administrativer Ebenen, basiert auf der Extraktion und Inwertsetzung natürlicher Ressourcen.

Aus einer *Scale*-Perspektive lässt sich die räumliche Redimensionierung von Politik, die sich im Zuge der Dezentralisierung in Indonesien vollzog, als Reorganisation staatlicher Herrschaft erfassen, die bestimmte Akteure wie exportorientierte Unternehmen favorisieren und andere, insbesondere Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, marginalisieren. Diese Reorganisationsprozesse implizierten tiefgreifende Veränderungen in der Regulierung des Zugangs zu und der Kontrolle über Land. Die damit einhergehende Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse bewirkte jedoch im Allgemeinen keine weitreichende Machtminderung der Suharto-Elite und der von ihnen favorisierten Unternehmen. So verfolgten diese Akteure auf nationaler Ebene eine Strategie der Rezentralisierung und die Wiederherstellung der Dominanz der nationalen Maßstabebene, nachdem die Kontrolle über Land und natürliche Ressourcen größtenteils auf die regionale und lokale Ebene übertragen worden war. Im Ergebnis kontrolliert der Zentralstaat nach wie vor wesentliche Bereiche der Inwertsetzung natürlicher Ressourcen durch die Steuerung der Raumplanung, der Vergabe von Großkonzessionen und Nutzungsrechten sowie die Steuerhoheit in diesem Bereich. Diese Rezentralisierungsbestrebungen reichten jedoch nicht soweit, dass die mit der Dezentralisierung einsetzende zunehmende Konkurrenz zwischen Regionen um Investitionen im Palmölsektor außer Kraft gesetzt wurde. Vielmehr beschleunigte sich seit dem Sturz des Suharto-Regimes der Wettbewerb zwischen den Regionen: Die haushaltspolitische Dezentralisierung erhöhte den Druck auf die Lokalregierungen, eigene Einnahmequellen zu entwickeln und Investitionskapital anzuziehen. Zugleich erhielten sie die Kompetenz, Kleinkonzessionen und Plantagenlizenzen zu vergeben, woraus eine weitverbreitete Praxis der Einkommensgenerierung entstand. Durch ihr Zusammenwirken mündeten diese Restrukturierungen letztlich

in einer mengen- wie flächenmäßig beispiellosen Expansion der Palmölproduktion.

Das Ziel, Indonesien zum Weltmarktführer in der Palmölproduktion zu machen, wurde zwar bereits in den 1980er-Jahren vom Regime der Neuen Ordnung formuliert. Der eigentliche Palmölboom setzte jedoch – wie ich in dieser Arbeit herausgearbeitet habe – erst mit der Dezentralisierung und Demokratisierung Indonesiens ein, zusätzlich beschleunigt durch die wachsende Nachfrage nach Palmöl auf dem Weltmarkt. Die Konsequenz dieser Reformprozesse ab 1998 war allerdings nicht nur eine biophysische Expansion von Plantagenflächen, sondern auch die Herausbildung neuer Akteurskonstellationen, neuer Kräfteverhältnisse und staatlicher Selektivitäten im Palmölsektor. Unternehmen im Palmölsektor sind nun nicht mehr ausschließlich auf die Kooperation mit der Zentralregierung, sondern auch mit lokalen Behörden angewiesen.

Auch das Verhältnis von Unternehmen und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern verschob sich grundlegend: Durch die Abkehr vom im Regime der Neuen Ordnung dominanten Vertragslandwirtschaftsmodell (Kern-Plasma-Modell) hin zum sogenannten Partnerschaftsmodell veränderten sich die Inklusionsbedingungen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Waren zuvor 80 % der Plantagenflächen für die Inklusion von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern (Plasma) und nur 20 % für die Unternehmen (Kern) vorgesehen, kehrte sich dieses Verhältnis ab 2005 gänzlich um (sodass inzwischen 80 % von Unternehmen und nur mehr 20 % von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bewirtschaftet werden). Dies führt häufig dazu, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die ohnehin oftmals als Vertragsbäuerinnen und -bauern den Unternehmen verpflichtet sind, als Plantagenarbeiter_innen in neue Abhängigkeitsverhältnisse eingebunden werden. Pye (2008, 442) spricht in diesem Zusammenhang von einem staatlich geförderten „Plantagenproletariat“.

Die Teilhabe der lokalen Bevölkerung an Entscheidungsprozessen sowie deren Mitspracherechte waren zwar im Dezentralisierungskonzept vorgesehen, sind in der Praxis jedoch nicht ausreichend abgesichert. So erhielten lokale Bevölkerungsgruppen ein Konsultationsrecht bei der Vergabe von Plantagenlizenzen, die Verhandlungen über die Inklusionsbedingungen werden jedoch direkt zwischen den Unternehmen und der lokalen Bevölkerung und ohne staatliche Mediation geführt, was eine Durchsetzung der Interessen der lokalen Bevölkerung aufgrund der bestehenden Machtasymmetrie erschwert. Darüber hinaus wurden lokale Bevölkerungsgruppen im Zuge des Reformprozesses dadurch geschwächt, dass die Nutzungsrechte für Plantagenflächen, die sie den Unternehmen gewähren, nach deren Ablauf, d.h. 35 Jahren, an den Zentralstaat übergehen. Mit diesem Mechanismus gelang es der Zentralregierung, ihre territoriale Kontrolle trotz Dezentralisierung zu verteidigen und sie sogar auszubauen. Auch Unternehmen

erhielten weitreichende ökonomische Kontrolle über Peripherien, indem die zuvor vorhandenen Einschränkungen bezüglich der Größe konzessionierter Landflächen ausgedehnt wurden. Die starke Kapital- und Landkonzentration im Palmölsektor hat die Entwicklung nationaler und transnationaler Unternehmenskonglomerate gefördert, die über ein hohes Ausmaß an politischer und ökonomischer Macht zur Interessensdurchsetzung verfügen.

Die Expansion der Palmölindustrie wurde seit Mitte der 2000er-Jahre zudem durch die politisch geförderte Binnennachfrage nach Agrartreibstoffen, insbesondere im Rahmen des nationalen Agrartreibstoffprogramms, forciert. Verbunden wurde die Förderung von Agrartreibstoffen mit wirtschafts-, energie- und arbeitsmarktpolitischen Argumenten, die in Indonesien den gesellschaftspolitischen Rückhalt für die rasante Expansion des Palmölsektors absichern sollten. Profitieren konnten davon wiederum insbesondere die dominanten exportorientierten Unternehmen im Palmölsektor, die eine Produktdiversifizierung vornehmen und hohe Gewinne durch die staatlich garantierte Abnahme von Agrodiesel erzielen konnten. Während die Produktion von Agrartreibstoffen bis Ende der 2000er-Jahre eine wesentliche Komponente der Palmölexpansion bildete, wird die indonesische Palmölstrategie jedoch aktuell durch den Preisrückgang beim Erdöl und den damit verbundenen Einbruch der Weltmarktnachfrage nach Agrodiesel geschwächt.

6.3 KONFLIKTE UND *POLITICS OF SCALE* IM INDONESISCHEN PALMÖLSEKTOR

Die Entwicklung und rasante Expansion des indonesischen Palmölsektors stellt eine umfassende Inwertsetzung von Natur dar. Im Prozess kapitalistischer Inwertsetzung von Natur werden gesellschaftliche Naturverhältnisse verändert (Swyngedouw 1999), oftmals in Verbindung mit staatlicher Territorialisierung. Die Bedeutung einer *Scale*-theoretischen Perspektive besteht hierbei darin, Fragen nach der Transformation von Natur und Umwelt, insbesondere nach dem Zugang zu und der Kontrolle über Land, als „integral parts of the social and material production of scale“ (Swyngedouw 2004, 132) zu erfassen. Der analytische Fokus auf Reskalierungsprozessen, also der Rekonfiguration vorhandener und die Herausbildung neuer Maßstabebenen, ermöglicht es, ein präziseres Verständnis von Verdichtungsprozessen und Mechanismen staatlicher Selektivität in der Regulierung von Natur zu entwickeln. Diese Produktion, Neudefinition oder Restrukturierung von *Scale* ist in der Regel ein hoch konfliktiver und strategischer politischer Prozess (Swyngedouw 2004), durch den Orte und Regionen in neue

skalare Konfigurationen eingefügt werden. Oft sichern die damit verbundene Herausbildung und Verschiebung von Verdichtungsprozessen und Selektivitäten dominante Interessen ab, ohne jedoch die grundlegenden sozialen Widersprüche, wie etwa Landkonflikte auf lokaler Ebene, aufzuheben.

So ist auch die Inwertsetzung der Ölpalme auf vielfältige Weise und entlang verschiedener Maßstabsebenen und ihrer strategischen Rekonfiguration umkämpft. Besonders deutlich macht dies das Beispiel des Konfliktes zwischen der Bevölkerung der *Batin Sembilan* und dem Palmölunternehmen PT AP. Ausgangspunkt des Konfliktes war der Territorialisierungsprozess während des Regimes der Neuen Ordnung, im Zuge dessen für die Erschließung von Ölpalmpflanzungsgebieten von den *Batin Sembilan* beanspruchte Landflächen als Staatsland deklariert wurden. Die Territorialisierungsstrategien der Zentralregierung und die kapitalistische Inwertsetzung dieser Landflächen lösten einen Landkonflikt aus, der jedoch aufgrund der spezifischen Selektivität des Regimes unterdrückt und auf die lokale Ebene beschränkt blieb.

Demokratisierung und Dezentralisierung führten allerdings trotz Kompetenzerweiterung der lokalen Ebene und Einleitung eines Mediationsprozesses nicht zu einer Stärkung der Position der *Batin Sembilan* in diesem Landkonflikt. Erst durch die Übertragung des Konfliktes auf die internationale Maßstabsebene mithilfe von NGOs und infolge seiner Bearbeitung im Rahmen eines Mediationsprozesses der Internationalen Finanz-Corporation und eines Begutachtungsprozesses des transnationalen Zertifizierungssystems RSPO gelang es, Druck auf PT AP als Teil der RSPO-zertifizierten Wilmar Group auszuüben. Indem die Wilmar Group jedoch PT AP an die nicht-RSPO-zertifizierten Unternehmensgruppen Prima Fortune International Ltd und Agro Mandiri Semesta verkaufte, konnte sich PT AP dieser Konfliktbearbeitung auf internationaler Ebene wiederum entziehen, da es nun nicht mehr den RSPO-Auflagen unterlag. Wie dieses Beispiel zeigt, sind der strategische Einsatz und die Produktion von *Scales* in der politischen Regulierung der Naturverhältnisse im Zusammenhang von Palmöl zentral.

Gleichzeitig ist für die politische Ökonomie des indonesischen Palmölsektors charakteristisch, dass Naturaneignungspraktiken im Rahmen eines extraktivistischen, weltmarktorientierten Entwicklungsmodells, die zu lokalen Konflikten führen, auf der nationalen und oft auch internationalen Ebene legitimiert werden, ohne dass die davon Betroffenen auf diesen Ebenen aktiv werden können. Hierbei werden nicht nur ökonomische und gesellschaftliche Leitbilder konstruiert, sondern auch Wertvorstellungen und Naturbilder, die eine spezifische Form der Naturaneignung und -nutzung begünstigen (Brand und Görg 2003). Zwar änderten

sich im Zuge der Demokratisierung die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen dieses Entwicklungsmodells grundlegend. So wurden die Praktiken des Befehlens und Gehorchens sowie die Durchsetzung von Interessen durch Zwang und Gewalt, die noch während des Regimes der Neuen Ordnung üblich waren, durch neue hegemoniale Diskurse und Praktiken ersetzt, wie etwa die Vorstellung von wirtschaftlichem Wachstum und zunehmender Prosperität durch die Einbindung in globale Wertschöpfungsketten. Andere Bedeutungszuschreibungen wie beispielsweise die Entwicklung des ländlichen Raums gegenüber einer (implizierten) Rückständigkeit weisen jedoch im gesamten betrachteten Zeitraum eine beachtliche Kontinuität auf und haben sich auf diese Weise tief in gesellschaftliche Naturverhältnisse und Landschaften eingeschrieben.

6.4 ZERTIFIZIERUNG VON NACHHALTIGEM PALMÖL ALS ALTERNATIVE?

Die Tatsache, dass das extraktivistische Entwicklungsmodell Indonesiens eine lange historische Kontinuität aufweist und tief in die Staatsapparate und ihre Selektivitäten eingelassen ist, hat dazu beigetragen, dass die sozial-ökologischen Negativfolgen der Palmölproduktion vor allem auf transnationaler Ebene durch global agierende NGOs im Rahmen von Zertifizierungssystemen für nachhaltig produziertes Palmöl politisiert wurden. Damit machten sich diese NGOs, allen voran der WWF, das wachsende Bewusstsein für diese Negativfolgen aufseiten von Konsument_innen im Globalen Norden zunutze. Auch in diesen Zusammenhang kamen jedoch die *Politics of Scale* in der politischen Ökonomie des indonesischen Palmölsektors zum Tragen. Während Zertifizierungssysteme zunehmend zur Voraussetzung für den Zugang zum europäischen Markt wurden, etablierte der indonesische Staat mit ISPO ein alternatives, jedoch schwächeres Zertifizierungssystem auf nationaler Ebene und sicherte solcherart die bestehenden Produktionspraktiken sowie die damit verbundenen Akkumulationsstrategien der Palmölunternehmen ab. Dies bot eine Möglichkeit für Unternehmen, sich der vonseiten des RSPO geäußerten Kritik an ihren Produktionspraktiken zu entziehen, ohne auf eine für die Vermarktung relevante Zertifizierung ihrer Produktion verzichten zu müssen. Das Beispiel zeigt, dass Akteure neue *Scales* als Terrain der Konfliktaustragung bzw. zur Aushandlung von Kompromissen auch verweigern können, indem sie ein *down-* bzw. *counter-scaling* betreiben.

Doch nicht nur aus diesem Grund lässt sich das Versprechen, eine nachhaltige Palmölproduktion durch transnationale Zertifizierungssysteme zu erreichen, nicht einlösen. Es stehen auch die ambitionierteren Zertifizierungssysteme in der Kritik,

weil die Standards entweder zu schwach sind oder nicht ausreichend umgesetzt und kontrolliert werden, zumal die Etablierung von schwächeren Zertifizierungssystemen als Alternative für Unternehmen einen Unterbietungswettbewerb losgetreten hat – mit der Gefahr der Verwässerung von Prüfkriterien und -mechanismen. Hinzukommt, dass sich Unternehmen nach wie vor gänzlich einer Zertifizierung entziehen können, wie das Beispiel des Unternehmens PT AP im untersuchten Konfliktfall verdeutlicht. Ohnehin wird aufgrund des Freiwilligkeitsprinzips nur ein Teil der Produktion abgedeckt, während die Expansion des Palmölsektors auch im nicht-zertifizierten Bereich rasant voranschreitet, zudem wachsen jene Märkte in Indien und China, in denen Zertifizierungen keine Rolle für den Marktzugang spielen, schneller als jene in der EU und den USA. Insofern lässt sich auch argumentieren, dass die Auseinandersetzung um Standards und Kontrollmechanismen innerhalb von Zertifizierungssystemen vom noch weit größeren Problem der Expansion des Palmölsektors außerhalb jeglicher Zertifizierung ablenkt.

Das allergrößte Problem liegt jedoch in der Gesamtexpansion der Ölpalmplantagenflächen – ob zertifiziert oder nicht. Hierzu tragen auf den ersten Blick paradoxerweise gerade auch Strategien der *green economy* im Globalen Norden bei, wie die Herstellung von vermeintlich klimafreundlichen Agrartreibstoffen, die eine Dekarbonisierung des Transportsektors fördern sollen. Da diese den Palmölboom in Indonesien wesentlich antreiben, führten sie ihrerseits zu verheerenden Umweltauswirkungen.

Doch welche Alternativen gibt es, und mit welchen Strategien könnten sie erreicht werden? Anstatt allein auf Zertifizierungssysteme zu setzen, die auf transnationaler Ebene ausgehandelt und verankert werden, bedarf es einer Stärkung der Interventionsmöglichkeiten und Partizipationsrechte der lokalen Bevölkerung in Kämpfen um Landfragen, Autonomie, Umweltgerechtigkeit und bessere Arbeitsbedingungen. Allerdings sollte die ländliche Bevölkerung hierbei nicht allein als passives Opfer betrachtet werden. Die Interessen von *bupati* und lokalen Bevölkerungsgruppen überschneiden sich oftmals, woraus sich strategische Allianzen ergeben. Auch die Entwicklung von Ölpalmplantagen und Infrastrukturprojekten ist häufig sowohl im Interesse der *bupati* als auch der Bewohner_innen in den jeweiligen Gemeinden. Eingebettet sind diese Interessenkonstellationen in den hegemonialen Pro-Palmöl-Diskurs in Indonesien: Während meiner Feldforschung bekam ich immer wieder den Satz zu hören: „Don’t blame the product“ (INTW105) – die Produktionsbedingungen, nicht das Produkt seien das Problem, wurde mir wiederholt erklärt. Obgleich viele der interviewten Personen der Palmölindustrie gegenüber eine kritische Haltung vertraten, hoben alle

hervor, dass der Anbau von Ölpalmen für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern unverzichtbar sei, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Nicht die Palmölproduktion selbst, sondern die Strukturen und Produktionsverhältnisse werden als Problem definiert und kritisiert (INTWI01; INTWI04; INTNG07; INTNG01).

Um eine breite gesellschaftspolitische Kraft für eine Veränderung der Produktionsbedingungen im indonesischen Palmölsektor aufzubauen, sind also nicht allein die Kämpfe um Land und gegen eine weitere Expansion der Ölpalmplantagen entscheidend, sondern auch die Kämpfe innerhalb der bestehenden Produktion um Arbeits- und Produktionsbedingungen. Der Alltagswiderstand einzelner lokaler Bevölkerungsgruppen bzw. der Plantagenarbeiter_innen bedarf einer überregionalen Vernetzung und Organisation, denn hiervon hängt es ab, inwieweit Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Plantagenarbeiter_innen in der Lage sind, ihre Forderungen zu politisieren und durchzusetzen – welche Kompensationszahlungen sie für Landflächen erhalten und unter welchen Bedingungen sie arbeiten. Eine entscheidende Rolle spielt hierbei die Unterstützung durch lokale NGOs und Gewerkschaften, die ihrerseits wiederum auf die Hilfe global agierender NGOs und der internationalen Gewerkschaftsbewegung angewiesen sind.

Nur die Verknüpfung unterschiedlicher Kämpfe um Zugangsrechte, verbesserte Arbeitsbedingungen und Menschenrechte gewährleistet die gesellschaftspolitische Breite, die notwendig ist, um nicht nur die flächenmäßige Expansion, sondern auch die Produktionsmengen auf bestehenden Flächen einzuschränken und die Bedingungen, unter denen diese Produktion erfolgt, in Richtung einer Demokratisierung der Naturverhältnisse zu verbessern. Doch auch dies allein reicht nicht aus. Darüber hinaus bedarf es einer Überwindung der aktuellen räumlichen Entkopplung von Konsum und Produktion, mit der vielfältige Formen der Externalisierung negativer sozial-ökologischer Folgen verbunden sind. Im Rahmen einer Regionalisierung der Produktion könnte dadurch billiges Palmöl aus Indonesien und anderen Ländern des Globalen Süden verstärkt durch andere pflanzliche Öle ersetzt werden. Dies wiederum wäre die Voraussetzung für neue, solidarische Formen der internationalen Arbeitsteilung jenseits der imperialen Produktions- und Lebensweise.